

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/209 - 15. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Zwei Welten</u>	47
	Die Pressekonferenzen von Adenauer und Brandt	
2 - 3	<u>Ulbrichts "Volkszählung der 99 Prozent"</u>	67
	Schwindelwahlen im grössten Konzentrationslager der Welt	
	Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD	
4 - 7	<u>Unsere Universitäten - lohnende Investitionen</u>	175
	Stiefkinder - Wissenschaft und Forschung	
	Von Dr. Alex Möller,	
	Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft	
7	<u>Vergiftung</u>	29
	Der scheußlichste Wahlkampf seit 1949	
8 - 9	<u>Athen - Empfänger östlicher Protestnoten</u>	69
	Verstärkter kommunistischer Druck auf dem Balkan	
	Von unserem Balkankorrespondenten, Dr. Basil Mathiopoulos	

* * * *

Zwei Welten

Die Pressekonferenzen von Adenauer und Brandt

sp - Es ist bedauerlich, dass die Millionen Wähler in der Bundesrepublik heute nicht Gelegenheit hatten, die Pressekonferenzen des Alt-Bundeskanzlers Dr. A d e n a u e r und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und Kanzlerkandidaten der SPD, Willy B r a n d t, mitzuerleben.

Der 86-jährige Adenauer und der 48-jährige Brandt hätten eigentlich gar nicht viel zu sagen brauchen. Allein der Gegensatz zwischen diesen beiden Männern spricht für sich. Adenauer, in die Vergangenheit blickend, vergeblich bemüht, den sorgenden Vater zu spielen - Willy Brandt, sehr bewusst die Probleme der Gegenwart und Zukunft ansprechend.

Der Alt-Bundeskanzler ist bereits von der Tragik der Dämmerung umwittert. Willy Brandt dagegen ist ein Mann, der mit beiden Beinen fest im Heute steht.

Als Adenauer und Brandt am Freitag vor der Bundespressekonferenz und den Auslandsjournalisten sprachen, hatten sie harte Wochen hinter sich. Aber es waren sicher nicht nur die Strapazen des Wahlkampfes, die bei dem einen mehr oder weniger als den anderen Spuren hinterlassen hatten; das Gewicht des Kommenden wog wohl schwerer.

Der eine weiss, dass seine früheren Wahlversprechungen und seine Politik dem deutschen Volk weder Sicherheit gebracht, noch die Wiedervereinigung des Vaterlandes in Frieden und Freiheit gefördert haben. Der andere weiss, dass in der vor uns liegenden Zeit die konzentrierten Anstrengungen der Besten unseres Volkes notwendig sein werden, um die Fehler der in Überheblichkeit und Alleinherrschaft erstarrten Politik der CDU/CSU überwinden zu können.

Der eine, der 86-Jährige, spürt, dass er dies nicht mehr kann, selbst wenn er es wollte. Er spürt auch, dass seine engsten Freunde an ihm nicht nur als Person, sondern auch als Politiker zweifeln.

Der andere dagegen, der 48-Jährige, kann sich auf die in vielen harten Kämpfen erprobte Mannschaft, die neben ihm steht, verlassen. Er weiss auch, dass hinter ihm die grosse Gemeinschaft der Deutschen Sozialdemokratie steht, die mit Stolz auf ihre jahrzehntelangen Leistungen für die Sicherung der deutschen Demokratie hinweisen kann.

Er weiss auch, dass die junge Generation auf ihn blickt und ihm Vertrauen entgegenbringt. Das hat Willy Brandt während der vergangenen Wochen bei seinen Fahrten durch die ganze Bundesrepublik zu spüren bekommen. Deshalb hat er auch die Kraft gehabt, die gegen ihn gerichteten Verleumdungen abzuschütteln und immer wieder an das Gute und Anständige in unserem Volke zu appellieren.

Jetzt schon, da wir wenige Stunden vor der grossen Entscheidung des 17. September stehen, ist erwiesen, wie verdient sich Willy Brandt um unser Volk dadurch gemacht hat, dass er ihm durch sein Verhalten half, sich den Glauben an das Gute zu bewahren. Diese Leistung bringen Willy Brandt und seine Mannschaft als unzerstörbares Kapital in die kommenden Entscheidungen über das Schicksal Deutschlands ein. Willy Brandt und seine Mannschaft festigten das moralische Fundament unserer Nation.

Ulbrichts "Volkszählung der 99 %"

Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

Am gleichen Tage, an dem die Wähler der Bundesrepublik in freier Selbstbestimmung den neuen Deutschen Bundestag berufen, will Ulbricht seine Stärke demonstrieren. Unter Bruch der Zonenverfassung hat er vor einem halben Jahr die fälligen Kommunal- und Kreistagswahlen aussetzen lassen, um sie am 17. September, dem Tag der Bundestagswahl, durchzuführen.

Als das Zentralkomitee diesen Beschluss fasste, war in Pankow der aggressive Ablauf der Berlinprovokation in Einzelnen noch nicht festgelegt. Natürlich musste sich die SED auch unter den damals bestehenden Verhältnissen darauf einrichten, die Bevölkerung durch einen gewissen Druck an die Urnen und zur offenen Stimmabgabe zu bewegen, doch wäre dies ohne den offenen Ausbruch der Berlinkrise mehr oder minder eine Routineangelegenheit geblieben. Die Berlinkrise jedoch hat den Widerstand, die Empörung und die Verzweiflung der Zonenbevölkerung in Formen ausbrechen lassen, die Ulbricht nur mit offenem Massenterror niederknallen kann. Damit aber ist das ursprünglich geplante Schauspiel einer "Wahl" zerstört worden, das zeigen sollte, wie "einmütig" die gesamte Zonenbevölkerung hinter den Diktator stehe.

Die Vorbereitung der Zonenwahl, die noch unter relativ normalen Bedingungen vor sich ging, sah so aus:

- * In der ersten Phase stellten die örtlichen Parteiorgane nach
- * zentralen Richtlinien die Kandidatenlisten der Nationalen Front
- * auf. Die Richtlinien sahen vor, dass auf den Einheitslisten
- * 25 % der Bewerber als direkte Kandidaten der SED fungierten,
- * 10 % als Kandidaten der Blockparteien CDU, LDP, NPD und Bauern-
- * parti, 65 % als Kandidaten der Massenorganisationen und ört-
- * licher Wählervereinigungen von Kolchosen, Staatsbetrieben etc.
- * Von diesen 65 % mussten mindestens die Hälfte auch Mitglieder
- * der SED sein, so dass in jedem Kommunalparlament automatisch
- * 57,5 % bis 90 % der Abgeordneten eingeschriebene SED-Mitglieder
- * sind.

- * In der zweiten Phase sollten sogenannte Wählerverzeichnisse
- * aufgelegt werden, in denen alle Wahlberechtigten verzeichnet
- * sind. Alle Wahlberechtigten wurden aufgefordert, eine durch

- * Unterschrift bestätigte "Einsichtnahme" vorzunehmen, die als Vor-
- * entscheidung gelten sollte.

- * Die dritte Phase, der eigentliche Wahlgang, ist so geplant,
- * dass die "Wähler" betriebs- oder wohnblockweise an die Wahlurnen
- * geführt werden, wo sie den Stimmschein unter Aufsicht der Funkti-
- * onäre ohne Benutzung der Wahlkabinen offen abzugeben haben.

Dieser Plan ist in Gefahr geraten. Die erste Phase, ein interner Verwaltungsakt, konnte zwar reibungslos ablaufen, aber schon in der zweiten Phase änderte sich die Lage. Durch Ulbrichts Berlinattentat empört, weigerten sich viele Zonenbürger, den Marsch zur "Einsichtnahme" anzutreten. Trotz Stimmungsmache und Drohungen der SED weigerten sich Arbeiter, Bauern und Jungwähler nicht nur, die gewünschte Vorentscheidung der "Einsichtnahme" zu treffen, sondern sie erklärten auch in Betriebsversammlungen und anderswo, sie würden die "Wahl" am 17. September boykottieren. Dieser offene Widerstand hat Ulbricht zu ebenso offenem Terror gezwungen. Tag für Tag schüchtern die Provinzzeitungen die Bevölkerung dadurch ein, dass sie plastisch schildern, wie Menschen wegen dieser Haltung entweder verhaftet und in Zwangsarbeitslager gesteckt werden, oder aber wie die SED ihre Lynchjustiz gegen sie losliess. Tatsächlich hat die SED Rollkommandos zusammengestellt, die in Betriebsversammlungen und auf offener Strasse Widersprechende zusammenschlagen und misshandeln. Die "Heldentaten" solcher Banditen werden in der SED-Presse gelobt, die den Sadismus der Schläger weiter anstachelt.

Dieser Massenterror hat jedoch den Plan Ulbrichts, mit seiner "Volkswahl" eine Demonstration gegen die Bundestagswahl durchzuführen, illusorisch werden lassen. Er wird es gewiss schaffen, mit Drohung und Gewalt die Massen an die Urnen zu bringen, aber was übrig bleibt ist eine - wie man in der Zone sagt - "Volkszählung von 99 % der Wahlberechtigten". Die vor Monaten versprochenen Möglichkeiten für Beobachter der westlichen Presse, sich von dem "demokratischen Charakter der DDR" zu überzeugen, sind längst ausser Diskussion. Unter den Bedingungen des Massenterrors ist Pankow gezwungen, die "Volkswahlen" als KZ-Wahlen hinter der Schandmauer von Berlin unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchzuführen. Der Widerstand hat die Demonstration Ulbrichts in ihr Gegenteil verkehrt: sie zeugen eindeutig und ohne Einschränkung gegen das Regime des Terrors.

Unsere Universitäten - lohnende Investitionen

Von Dr. Alex Möller,

Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Auch Westdeutschland verschwendet Talente, lautet das Urteil eines namhaften Vertreters der National Science Foundation, einer Spitzenorganisation für Naturwissenschaften in USA. Europa habe weder genügend ausgebildete Leute noch die Möglichkeiten, die vielen neuen Erkenntnisse auszunützen, die in der Forschung zum Durchbruch gelangen. "Der einzige Unterschied", so charakterisierte es Professor William V. Consolazio "zwischen den Habenden und den Habenichtsen auf dem Felde des wissenschaftlichen Potentials liegt darin, dass in den glücklicheren Ländern junge Leute besser ausgebildet und besser verwendet werden können."

In der Tat sollten wir uns vor Augen halten, dass die Anstrengungen und Aufwendungen, die ein Volk für Erziehung und Ausbildung einzusetzen bereit sein muss, beispielsweise in den Vereinigten Staaten auf der einen und in Sowjetrußland auf der anderen Seite in weitaus höheren Massen als bei uns erfolgen. Das spiegelt sich vor allem in der Zahl der Studierenden wieder, die in der Bundesrepublik 30 bis 40 Prozent hinter den Ostblockstaaten zurücksteht. Präsident Kennedy hat kurz nach seinem Amtsantritt seine Landsleute aufgefordert, die Anstrengungen für die Verbesserung des Erziehungswesens sowie für den Ausbau von Wissenschaft und Forschung zu verdoppeln, um mit der Sowjetunion auf diesem Sektor gleichzuziehen.

Nachholbedarf neun Milliarden DM

In Westdeutschland würde die Finanzierung allein des Nachholbedarfs für die Schulen etwa neun Milliarden DM und für die wissenschaftlichen Hochschulen etwa drei Milliarden DM benötigen. Zuständen, die Anforderungen an den Haushalt der Länder und des Bundes sind heute schon - gemessen in absoluten Geldsummen - sehr beträchtlich. Sie sind aber, wie der Vorsitzende des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft kürzlich feststellte, ihrem Prozentsatz nach im Rahmen aller übrigen Staatsausgaben durchaus tragbar. Überdies sind sie, und allein das sollte entscheiden, objektiv notwendig. Unbestreitbar sind dabei die Aufwendungen der gewerblichen Wirtschaft für ihre eigene Forschung mit durchschnittlich 1,12 Milliarden DM pro Jahr bedeutsam und die Zuwendungen für Lehre und Grundlagenforschung von etwa 53,3 Millionen DM beachtlich. In diesem Zusammenhang müssen die im Rechnungsjahr 1960 in den öffentlichen Haushaltsplänen für fortdauernde Ausgaben der wissenschaftlichen Hochschulen eingestellten 500 Millionen DM genannt werden. Aber das alles genügt noch nicht.

Vergleichsweise standen vor 33 Jahren im Gebiet des Deutschen Reiches für rund 110 000 Studenten 23 Universitäten, 10 Technische Hochschulen und 11 sonstige Hochschulen zur Verfügung, während gegenwärtig im Gebiet der Bundesrepublik für rund 205 000 Studenten nur 18 Universitäten, acht Technische Hochschulen und sieben sonstige Hochschulen vorhanden sind. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Studierenden an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik verdoppelt. Allein an den Universitäten Heidelberg, Freiburg und Tübingen zum Beispiel

verzeichnete im abgelaufenen Sommersemester jede dieser Hochschulen für sich allein eine fast ebenso grosse Zahl von Immatrikulierten wie vor 50 Jahren die wissenschaftlichen Hochschulen in den beiden Ländern Baden und Württemberg zusammen. Schon in den nächsten zwei Jahren rechnet man in der Bundesrepublik mit einem Ansteigen der Studentenzahl auf etwa 250 000. Diese Wachstumsrate vollzieht sich zeitlich in immer kürzeren Abständen.

Mangel an qualifizierten Fachkräften

Man muss sich dessen bewusst sein, dass in Gefolge einer hochentwickelten Industrie, der modernen Automation und der Elektrotechnik sowie in Zeitalter der wissenschaftlichen Analyse zwischenmenschlicher Beziehungen mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden in der Praxis der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wächst, und das wiederum in ständig steigendem Umfang. Seitens der Industrie und der Wirtschaft besteht heute eine bisher nie gekannte Abhängigkeit von den Erkenntnissen und Entdeckungen der Wissenschaft. Die Wirtschaft zieht aus der Grundlagenforschung einerseits und der akademischen Bildung ihres Führungspersonals andererseits gewaltigen Nutzen. Wissenschaftliche Ergebnisse gehen entweder unmittelbar in die Verfahren industrieller Betriebe ein oder nehmen ihren Weg über ein theoretisch entwickeltes Verfahren, das dann von den Industriebetrieben selbst in die geeignete Form überführt wird. Verwaltung und Vertrieb, Personalwesen und Öffentlichkeitsarbeit sind nicht weniger auf neue Erkenntnisse und verbesserte Verfahrenswege angewiesen.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates

"Wir produzieren unser Sozialprodukt" - so führte Bundesminister Professor Balke im 5. Gespräch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Würzburg aus - "nicht mehr durch Nutzung der elementaren Naturkräfte, sondern durch Anwendung der Wissenschaft." Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates weisen eindringlich darauf hin, dass heute Stand und Leistungsfähigkeit der Wissenschaften weitgehend über die politische und wirtschaftliche Existenz von Nationen und Kulturkreisen entscheiden. Wir Sozialdemokraten wollen "der Gefahr begognen, dass unser Volk durch eine Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung, von Bildung und Ausbildung seinen Platz als führende Industrienation verliert... Unser Volk kann es sich nicht leisten, Begabungen brach liegen zu lassen. Wir können auf kein Talent verzichten."

Es darf nicht vergessen werden, dass vor volkswirtschaftlich und kulturell bedeutsamen Entwicklungen und Entdeckungen zum Nutzen der Praxis stets der weite und oft beschwerliche Weg einer fundierten Ausbildung liegt. Gründliche Fachausbildung aber setzt dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechende Lehrkräfte und Einrichtungen voraus. Sind sie hinreichend vorhanden, so müssen Forschung und Lehre ständig Gelegenheit haben, sich unbeschwert von materiellen Hemmnissen entwickeln, das heisst ihre Kenntnisse erweitern und sie weiterreichen zu können.

Erst recht in der Hochkonjunktur tritt immer deutlicher zutage, wie sehr das Wirtschaftspotential und der Arbeitsmarkt von dem Stand der Erziehung und Ausbildung abhängen. Unsere Volkswirtschaft hat in den letzten Jahren rund 25 % des Bruttosozialprodukts für Investitionen verwendet, während die Ausgaben für Erziehung und Wissenschaft etwa ein Zehntel dessen betragen. Bildungsaufwendungen bzw. "Ausbildungs-Investitionen" - so kürzlich von Prof. Liefmann-Keil trefflich gekennzeichnet - werden in einer

hochindustrialisierten Volkswirtschaft ebenso benötigt wie die Investitionen an Kapitalgütern.

Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften wird in Zukunft weiterhin steigen, und wenn das Angebot nicht merklich abfallen soll, müssen Staat und Wirtschaft Mehraufwendungen auf sich nehmen. Forschung und Lehre benötigen finanziell eine Zuwachsrate, die gegenüber der Investitionsrate der Wirtschaft anmassen sein muss. Gegenwärtig ist die Verwirklichung dieser Aufgaben nicht bloss dringlich, sondern im Zeitpunkt einer Hochkonjunktur mit steigenden Steuereinnahmen einerseits und wachsenden Gewinnen andererseits so günstig wie nie zuvor.

Starkes Bildungsstreben breiter Volksschichten

Der bemerkenswerte Ansturm auf dietwissenschaftlichen Hochschulen darf indes nicht allein aus der Bedarfslage der Wirtschaft abgeleitet werden. Jeder Deutsche hat Anspruch auf Bildung und auf einen Berufsweg nach Eignung, Befähigung und Leistung. Darin äussert sich ein anerkannter Grundsatz des demokratischen Staates, der ein Staat der sozialen Gerechtigkeit sein soll. Dem starken Bildungsstreben immer breiterer Volksschichten, die - wie es der Wissenschaftsrat formuliert - im Besuch der Höheren Schule und der Massenschaftlichen Hochschule ein Mittel des menschlichen und sozialen Aufstiegs sehen, muss entsprochen werden. Dieser Notwendigkeit haben die Finanzminister Rechnung zu tragen.

Das Studium als solches sollte von materiellen Sorgen befreit sein. Tatsächlich über noch 54,5 % aller Studierenden, zumindest während der Semesterferien, eine Berufstätigkeit aus. Die Studienförderung nach dem Bonner Modell müsste von einem starren Hochsteinkommen des Vaters oder der unterhaltleistenden Mutter nach einer den heutigen Verhältnissen zuwider laufenden Bemessungsgrundlage in Höhe von 450,- DM monatlich abgehen und statt dessen das Belastungsmass der Familie (zur Beispiel nach Kinderzahl, beruflicher Verpflichtungen) stärker berücksichtigen. Nach neuesten Untersuchungen betragen bereits die Studienkosten rund 270,- DM.

Veränderte Stellung der Hochschule

Die fortschreitende Demokratisierung der heutigen Gesellschaft auch im Bildungswesen hat die Stellung der Hochschule verändert. Die Universität humanistischer und Humboldtscher Prägung war keineswegs bloss Ausbildungsstätte, sondern in hervorragendem Masse Bildungsträger. Die klassischen Ideale verkörpern den Gedanken der Lehre und Forschung. Der Studierende soll durch Diskussion und Anteilnahme an einem Forschungsproblem methodisch zur Erkenntnis und zum Wissen gelangen. Darin liegt der Kern der wissenschaftlichen Ausbildung, was immer den persönlichen Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden unterstellt. Davon kann in Massenvorlesungen bis zu 2000 Studierenden und in Seminaren bis zu 600 Teilnehmern keine Rede sein. Soweit bedarf die wissenschaftliche Hochschule als solche, falls ihre Studentenzahl nicht willkürlich vermindert werden soll, einer entscheidenden Wandlung ihrer Form.

Gewisse Vorschläge, die eine Trennung in Gelehrtenschule und Ausbildungsstätte für den Beruf vorsehen, fanden bei den Verantwortlichen keine Zustimmung. In der Struktur der Universitäten und Hochschulen soll die Einheit von Forschung und Lehre beibehalten werden, weil sie dem deutschen Idealbild und auch positiven Erfahrungen entspricht. Wenn nun aber die bisherige Organisation im Lehrkörper beibehalten bleiben soll, beseitigt das die Überlastung der Ordinarien nie und hat meines Erachtens ausserdem zur Folge, dass nach wie vor das Fortkommen eines befähigten Nachwuchses erschwert wird. Es fehlt im Mittelbau der Lehrkräfte an genügend Planstellen. Eine inzwischen verbesserte Besoldung der wissenschaftlichen Assistenten

genügt nicht; für einen längeren Verbleib im Hochschuldienst zu Nutzen von Forschung und Lehrveranstaltungen wäre eine wirksamere soziale Sicherung notwendig. Der Ausbau des Lehrkörpers verlangt eine beachtliche Vermehrung der Lehrstühle und den Aufstieg einer weitaus grösseren Zahl von Privatdozenten in Extraordinariate. Für die Professoren schliesslich genügt nicht eine Anhebung ihrer Grundgehälter und möglicherweise die Verlinkung von Sondergehältern. Eine allgemeine Kollegialpauschale würde auch jenen Fächern gerecht werden, deren Bedeutung sich an der Hörerzahl nicht messen lässt; auf der anderen Seite müsste eine Pauschale ihrer Höhe nach an den besonders stark besuchten Vorlesungen vollauf Genüge leisten. Gewiss verschiebt der Hochschullehrer im Sozialprestige an der Spitze; aber er ist materiell den Spitzenkräften der Wirtschaft und Verwaltung noch lange nicht gleichgestellt.

Für das Notwendige eintreten!

Viele Strukturprobleme der akademischen Hochschule harrten der Lösung. Die Sozialdemokraten haben wiederholt die Forderung nach Abschluss eines Staatsvertrages der westdeutschen Länder erhoben, um finanzielle Hilfestellung und damit Massnahmen erzielen zu können, die eine noch nachhaltigere Wissenschaftsförderung als bisher ermöglichen. Das Grundgesetz verbietet auch der Bundesregierung nicht, für das Notwendige einzutreten und den Ländern durch Bereitstellung von Mitteln dabei zu helfen, dass sie ihre Pflichten voll erfüllen können. Ein solches Ziel muss die in Angriff zu nehmende Finanzreform erreichen.

+ + +

V e r g i f t u n g

sp - Mit der Stimmabgabe der über 37 Millionen wahlberechtigten Frauen und Männer ist der Wahlkampf um die Zusammensetzung des vierten Deutschen Bundestages zu Ende. Nicht jedoch für die Gerichte. Viele Dutzende Strafanträge liegen vor; die Hauptangeklagten sind Mitglieder von CDU/CSU in mehr oder weniger gewichtigen Positionen. Die CDU/CSU kann für sich den traurigen Ruhm beanspruchen, verantwortlich zu sein für den schmutzigsten Wahlkampf seit 1949, dem Jahr der Wahlen für den ersten Deutschen Bundestag. Ihre Wahlkampfmethoden waren eine grausame Verhöhnung des Namens, den sie im Firmenschild trägt. Das Stichwort dazu gab der CDU-Parteichef höchst persönlich durch seine masslose Regensturger Rede. In der Bundesrepublik gibt es zum Schutze der Jugend ein Schmutz- und Schundgesetz, dazu bestimmt, die jungen Seelen vor unheilvoller Vergiftung zu bewahren. Dazu liefert folgender Vorfall eine bezeichnende Illustration:

"Schulkinder verteilten in Altrip (Pfalz) ebenfalls Exemplare des Hetzpamphlets "Aktuell". Von der Polizei bei der Beschlagnahme der Schmutzblätter befragt, sagten die Kinder aus, ihr Lehrer S o r g e zugleich CDU-Ortsvereins-Vorsitzender in Altrip - habe sie mit der Verteilung beauftragt." ("Die Freiheit" - Mainz, 15.9.1961)

Das empörende daran ist: die in dem antidemokratischen Skandal-Magazin aufgestellten Behauptungen gegen die Person Willy Brandts stützen sich auf gefälschte Unterlagen, für die schon 1947 der Nachrichtenhändler Heinz Stephan in Berlin zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Damals bediente sich der noch amtierende Bundeskanzler dieser dunklen Quelle, verblendet im Hass gegen seinen innenpolitischen Gegner. Was Wunder, wenn solches Beispiel nun in den unteren Organisationsgliederungen Nachahmung findet, und dazu noch unschuldige Kinder missbraucht werden...

Zum Glück für diese Partei gibt es auch in ihren Reihen genügend Männer und Frauen, die sich voll Abscheu von solchen Methoden abwenden, sind diese doch eine unzumutbare Belastung des christlichen Gewissens.

+ + +

Athen - Empfänger östlicher Protestnoten

Von unserem Balkankorrespondenten, Dr. Basil Mathiopoulos

Während in Belgrad die Regierungschefs der blockfreien Staaten ihr bisher wichtigstes Treffen mit ernsten Mienen beendeten, ergoss sich ein wahrer Sturm von Protesten der Ostblockstaaten über Griechenland. Bereits im Juli waren die griechisch-bulgarischen Beziehungen durch die provozierenden Erklärungen des bulgarischen Ministerpräsidenten in ein kritisches Stadium geraten. Die kommunistische Presse hatte das ihre dazu getan. Kürzlich wurde nun Griechenland vom Kreml direkt unter diplomatischen Beschuss genommen. In einer Note wurde die griechische Regierung am 31. August darauf aufmerksam gemacht, dass die bevorstehenden NATO-Manöver in Ostthrazien (auf türkischem Boden), die zwischen dem 17. und 24. September unter griechischer Beteiligung abgewickelt werden sollen, ein "feinliches Anzeichen gegenüber den nachbarlichen Ostblockstaaten" erwecken würden.

Zu diesem Schritt des sowjetischen Geschäftsträgers in Athen, Salnow, ist nur zu sagen: solche Manöver finden seit acht Jahren statt, sie gehören zu den normalen jährlichen Übungen der NATO-Truppen an der Südostflanke Europas. Der Beitrag der griechischen Streitkräfte beschränkt sich auf eine symbolische Teilnahme mit kleineren Einheiten, wobei sich über die Notwendigkeit einer Beteiligung an Manöver schliesslich streiten liesse. Übrigens laufen die Manöver unter dem Plan einer Invasion amerikanischer Truppen auf türkischem Boden.

Zwei Tage später, also am 2. September, wurde der bulgarische Geschäftsträger in Athen, Labrew, beim griechischen Aussenminister vorstellig, um in schärferer Form, als die sowjetische Note beinhaltet, den Protest seiner Regierung gegen die derzeit in Nordgriechenland stattfindenden griechisch-türkischen Manöver zu überreichen. Aussenminister Averoff unterbrach jedoch den bulgarischen Geschäftsträger beim Verlassen, erlaubte ihm nicht, seine Mission zu beenden, sondern erklärte, der Protest sei in dieser Form eine klare Einnischung eines dritten Staates in die souveränen Rechte Griechenlands. Die Manöver, die ausdrücklich nur defensiven Charakter trügen, seien seit langem geplant und fielen in den Rahmen der gebräuchlichen Truppenübungen, wie sie von jedem Lande durchgeführt werden.

Es fällt auf, dass diese gleichzeitige Offensive merkwürdigerweise nur in Richtung Athen gestartet wurde, Ankara aber verschont blieb.

Athener diplomatische Kreise vermuten darin einen vorgeplanten Ablenkungsversuch, der nicht zuletzt Griechenland als Unruhestifter auf dem Balkan brandmarken soll. Die gesamte griechische Presse sowohl der Regierung als auch der Opposition hat die feste Haltung der Regierung gegenüber der bulgarischen Demarche begrüßt. Nur so könne der Eindruck korrigiert werden, den man offensichtlich in den Ostblockstaaten habe, dass Griechenland nämlich das schwache Glied der Südostflanke des westlichen Verteidigungsgürtels sei.

Für November sind in Griechenland Neuwahlen ausgeschrieben. Unter diesem Blickwinkel könnte die neue Phase des kommunistischen Nervenkrieges der Regierung Karamanlis zugute kommen. Das mag paradox klingen, ist aber unter der Perspektive einer antithetisch orientierten Diplomatie durchaus nicht abwegig. Beobachter der oppositionellen Kreise betonen immer wieder, dass unter der gegenwärtigen Regierung die seit 1955 im Amt ist, eine kommunistische Unterwanderung vor sich ging, die inzwischen zu einer realen politischen Macht wurde. Die kommunistische Partei selbst ist zwar seit 1947 wegen des Umsturzversuches (1946-49) verboten. Ihre Tarnorganisation EDA jedoch konnte ihren Stimmanteil von 10,5 Prozent bei den Wahlen 1952 auf 24,6 Prozent bei den Wahlen 1958 steigern. Das macht auch verständlich, weshalb sich das kommunistische Interesse gegenwärtig nur auf Griechenland konzentriert und Ankara am Rande übergeht. Gegenwärtig könnte eine ähnliche Offensive in der Türkei wenig Effekte erzielen, in Griechenland besitzt der Ostblock dagegen in der EDA einen langen Arm. Allerdings scheint die kommunistische Taktik falsch orientiert. Das griechische Volk hat in der jüngsten Geschichte oft genug bewiesen, dass die Drohungen und Einmischungen von draussen nur eine selbstbewusste Gegenreaktion auslösen.

In Athen ist man sich durchaus bewusst, dass der Balkan nur ein kleiner Ausschnitt der Angriffsfläche ist, die in der gegenwärtigen Krise der Weltpolitik einem kommunistischen Druck ausgesetzt ist. Man erinnert sich in Griechenland sehr wohl, dass sich 1949 nach der Zerschlagung des kommunistischen Aufstandes 14 000 Anhänger Moskaus in die verschiedenen Ostblockstaaten absetzten und in der Zwischenzeit kaum der westlichen Demokratie in ihrer Heimat wohlgesonnen sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel